

10.09.24 Stellungnahme

Die geplanten Haushaltskürzungen treffen die Ärmsten und Verletzlichsten. Deutschland wird seiner internationalen Verantwortung nicht gerecht.

Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2025 sieht massive Kürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe vor. Der Entwicklungsetat soll um 1 Milliarde auf 10,3 Milliarden Euro sinken und würde damit auf das Niveau von 2019 zurückfallen. Innerhalb des Etats sind wiederum einzelne Titel wie die Übergangshilfe und die Zivilgesellschaft (private Träger) besonders vom Rotstift betroffen. Die Humanitäre Hilfe soll sogar um 50 % auf 1,04 Milliarden Euro sinken. Dies entspricht dem Niveau von 2017. Bleibt es bei den geplanten Kürzungen, kann die Ampelkoalition ihr Versprechen von „mehr Fortschritt“ in diesen beiden für strukturbildende und wertegeleitete Politik wichtigen Bereichen nicht mehr einlösen.

Die Budgets für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe sind relativ kleine Posten im Bundeshaushalt. Zusammen machen sie nicht einmal 3% des Gesamthaushalts aus. Der Bedarf aufgrund von Kriegen und Konflikten, der globalen Ernährungskrise, humanitären Notlagen und des Klimawandels ist jedoch enorm und wächst weiter. Dass gerade in diesen Bereichen überproportional gespart werden soll, kommt einer Absage an die internationale Solidarität gleich. Die Geberländer haben sich seit langem dazu verpflichtet, mindestens 0,7 Prozent ihres BIP für Entwicklungszusammenarbeit als im Haushalt fest eingeplante ODA-Ausgaben auszugeben. Nachdem Deutschland dieses Ziel kurzzeitig erreicht hatte – wenn auch nur unter Anrechnung der Inlandsausgaben für Geflüchtete –, wird es nach drei Kürzungsjahren in Folge zum Ende dieser Wahlperiode unmöglich sein, die Quote zu erfüllen. Auch für die kommenden Jahre rückt die gemeinsame Zielvorgabe der Geberländer in weite Ferne. Für die Zusammenarbeit mit den „am wenigsten entwickelten“ Ländern standen zuletzt sogar nur noch 0,12 % des BNE zur Verfügung.

Jeder Euro, jedes Projekt zählt

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit und die Humanitäre Hilfe sind bereits heute in vielen Bereichen hochwirksam, weil sie systematisch evaluiert werden, und leisten mit begrenzten Ressourcen unersetzliche Beiträge zur Armutsbekämpfung, Krisenbewältigung und nachhaltigen Entwicklung. Die beiden Bereiche profitieren von etablierten und häufig schon seit Jahrzehnten eingespielten Strukturen und Partnerschaften. Dazu gehört die Rollenverteilung zwischen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit.

Nichtregierungsorganisation (NRO) haben den Vorteil, schnell und flexibel reagieren zu können, gerade in fragilen Kontexten und Notlagen. Sie arbeiten bevölkerungsnah, partizipativ und bauen langfristige Bindungen auf. Außerdem füllen sie Lücken, bauen „Brücken“ und leisten wichtige Grundlagenarbeit. In den letzten Jahren ist die Zivilgesellschaft in vielen Partnerländern der EZ und Humanitären Hilfe stark unter Druck geraten.

Selbst kleine Kürzungen der EZ und Humanitären Hilfe haben schwerwiegende Konsequenzen, weil sie gewachsene Strukturen bedrohen, wichtige und funktionierende Hilfsmaßnahmen abbauen und dadurch die Ärmsten und Verletzlichsten treffen sowie die Entwicklung langfristiger Perspektiven unmöglich machen. Dies wird besonders dort deutlich, wo sie Kinder zur Zielgruppe haben.

Nicht bei den Verletzlichsten sparen

Terre des Hommes setzt sich seit über 50 Jahren mit zivilgesellschaftlichen Partnern für die Durchsetzung der Kinderrechte in derzeit 47 Ländern der Welt ein. Im Folgenden stehen beispielhaft Kurzbeschreibungen von Projekten, die ohne staatliche Förderung deutlich schrumpfen oder gar eingestellt werden müssen, weil sie 2025 auslaufen:

- In der Sahel-Region haben sich die Investitionsbedarfe in Bildung durch Konflikte in den letzten Jahren dramatisch erhöht. Schulen werden immer wieder zur Zielscheibe von bewaffneten Gruppen. Zwangsschulschließungen gefährden die Bildung von 2,5 Millionen Kindern im Sahel. In der Region geht jedes zweite Kind im Grund- und Sekundarschulalter nicht zur Schule. Dies betrifft insbesondere vor Konflikten geflüchtete Kinder. Es droht eine Generation von Kindern ohne Zukunftsaussichten heranzuwachsen. Terre des Hommes hat mit lokalen Partnerorganisationen in Burkina Faso überbrückende Angebote (z.B. Übergangsschulen) geschaffen. In einigen Regionen leben inzwischen mehr Geflüchtete als Einheimische. Nur ein Bruchteil der geflüchteten Kinder kann in die Übergangsschulen aufgenommen werden. Gleichzeitig braucht der Sahel ausgebildete junge Menschen. Das Fehlen von Perspektiven, Arbeitsplätzen und wirtschaftlichen Möglichkeiten wird von bewaffneten Gruppierungen genutzt, um junge Menschen zu rekrutieren.
- Die Nomadenvölker in Nord-Kenia leiden unter Folgen des Klimawandels, die fünfte Regenzeit bleibt teilweise ganz aus. 4,4 Millionen Menschen hungern. Knapp 900.000 Kinder sind von Unterernährung bedroht, ein Viertel dieser Kinder ist bereits unterernährt. Seit 2022 leistet eine Partnerorganisation von Terre des Hommes in der Stadt Moyale an der Grenze Kenias zu Äthiopien humanitäre Hilfe. Dabei adressiert sie auch strukturelle Kinderrechtsverletzungen, u.a. unerwünschte Kinderehen, Teenagerschwangerschaften, Genitalverstümmelung, d.h. sexualisierte Gewalt gegen Mädchen, die mit der humanitären Notlage zusammenwirken
- Im Süd Sudan/Sudan spielt sich eine aktuell kaum beachtete humanitäre Katastrophe ab. Terre des Hommes unterstützt dort eine Reihe von humanitären Maßnahmen. Fallen die Mittel dafür weg, erhalten kriegstraumatisierte Frauen keine psychosoziale Unterstützung und haben keinen Zugang zu einkommensfördernden Maßnahmen mehr, womit sich ihre persönliche Lebenssituation verschlechtert; werden Maßnahmen zur Förderung gewaltfreier Konfliktaustragung nicht mehr durchgeführt, was die Wahrscheinlichkeit von innergemeinschaftlichen Konflikten und Gewalt zusätzlich erhöht; werden Lehrkräfte nicht mehr fortgebildet, was die Unterrichtsqualität weiter

verschlechtert (Schulen berichten, dass Lehrer nur noch freiwillig arbeiten und seit einem Jahr kein Gehalt mehr erhalten haben); erhalten ehemalige Kindersoldaten keine Unterstützung (u.a. psychosoziale Betreuung) mehr, was ihre Integration beeinträchtigen kann

- In der Ukraine führt Terre des Hommes mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes Maßnahmen durch, die durch die geplanten Kürzungen bei der Humanitären Hilfe wohl betroffen wären. Konkret heißt dies: Der Zugang zu Nahrungsmitteln für Familien mit Kindern mit besonderen Bedarfen wird eingeschränkt, der Aufbau von Kinderschutzmechanismen kann nicht fortgeführt werden, Freizeitmaßnahmen und Jugendcamps für Kinder und Jugendliche aus frontnahen Gebieten werden gestrichen. Mitwirkungs- und demokratiefördernde Projektbestandteile müssen ebenfalls fallengelassen werden.

Auch im Bereich Flucht und Migration wird gespart

Für den Bereich der Flucht und Migration in Deutschland, der eng mit der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe verknüpft ist, enthält der aktuelle Haushaltsentwurf ebenfalls problematische Kürzungsvorschläge. Beispielfhaft nennen wir:

- Die Finanzierung psychosozialer Unterstützung für traumatisierte Geflüchtete, worunter auch Psychosoziale Zentren (PSZ) fallen, soll von 13 auf 7 Millionen Euro gekürzt werden. Das heißt unter anderem, dass geflüchtete Kinder, die Gewalt und Bombenangriffe miterlebt haben, noch weniger Unterstützung finden, was ihre Heilung und Integration erschwert. Laut der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF), Partnerorganisation von Terre des Hommes in Deutschland, erhalten bereits jetzt lediglich 3,1 Prozent der potenziell bedürftigen Geflüchteten psychosoziale Versorgung.
- Außerdem soll das Budget für humanitäre Aufnahmeprogramme und Resettlement von 70 Millionen auf 9 Millionen Euro gekürzt werden. Das bedeutet unter anderem de facto das Ende des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan (BAP), über das besonders schutzbedürftige Personen aus Afghanistan sicher nach Deutschland kommen können.

Diese und weitere Kürzungen hätten verheerende Auswirkungen auf Kinder und vor allem die Integrationsmöglichkeiten in Deutschland. Gerade auch im Lichte des aktuellen Diskurses nach den schrecklichen Gewalttaten in Solingen und Mannheim sollte massiv in Prävention und Integration investiert werden – anstatt zu kürzen.

In die Zukunft investieren!

Die Gesamtbilanz der Ampelkoalition steht auf dem Spiel. Wenn die amtierende Regierung nicht für immer mit Rückschritt und einem fatalen Richtungswechsel in der internationalen Zusammenarbeit in Erinnerung bleiben will, müssen die geplanten Kürzungen zurückgenommen und die Weichen für die Deckung zukünftiger Bedarfe gestellt werden.